

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 1 (1960)
Heft: 49

Rubrik: Die Welt letzte Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nkrumahs Traum

Die Anstrengungen des ghanesischen Präsidenten Nkrumah zur Bildung einer westafrikanischen Föderation haben insofern zu einem Ergebnis geführt, als er nach einem Treffen mit Präsident Sekou Touré von Guinea und Modibo Keita von Mali die Bildung einer Union zwischen diesen drei unter starkem Linkseinfluss stehenden Staaten bekanntgeben konnte. Bereits einige Wochen früher hatte er von einem «gemeinsamen Parlament» zwischen seinem Lande und Mali (dem ehemaligen französischen Sudan) gesprochen.

Zwischen Ghana und Guinea bestand bereits eine sehr lockere politische Union.

Eine andere Frage ist es, wie realistisch die Basis der neuen Union ist. Nicht nur hat Ghana keine gemeinsame Grenze mit den übrigen Mitgliedern, sondern auch als ehemals britisches Territorium eine andere Sprache. Um die weiteren Pläne Nkrumahs für ein gemeinsames afrikanisches Oberkommando ist es recht still geworden, da die meisten potentiellen Partner für das Projekt nicht viel mehr als ein Lächeln übrig hatten. Ghana zählt keine 7 Millionen Einwohner, das umworbene Nigeria dagegen 35 Millionen.

Am Rande ...

Der polnische Primas Kardinal Wyszyński verteidigte in seiner Weihnachtsbotschaft noch einmal mit Entschiedenheit die Rechte der Kirche: «Die Führer unseres Landes dürfen nicht vergessen, dass sie über Menschen und nicht über Vieh herrschen.» Parteisekretär Gomulka ist daran, Polen, wo immer noch grössere Freiheiten bestehen, langsam aber sicher den übrigen Satellitenstaaten gleichzuschalten.

Der türkische Finanzminister Ekrem Alican ist zurückgetreten und wurde durch Djemal Kurdas ersetzt. Mit fünfzig weiteren Personen verhaftet wurde in Ankara General Tekin Ariburun, vor der Revolution vom Mai, Kommandant der Luftstreitkräfte.

In Persien kamen rund 50 Bergleute bei einem Stolleneinsturz ums Leben.

In seiner Weihnachtsbotschaft betonte der Papst Johannes XXIII. den Ernst der heutigen Weltlage und forderte zu einer verantwortlichen Haltung in der Verteidigung der Wahrheit auf.

Redaktionsschluss: 26. Dezember 1960

Streikgelähmtes Belgien — Regierungskrise in Holland

Schwere innenpolitische Erschütterungen kennzeichneten die Weihnachtswoche in Holland und Belgien. Im Haag trat die gesamte Regierung zurück, nachdem die Parlamentsmehrheit ihr Projekt zum sozialen Wohnungsbau als ungenügend erachtet hatte. Ein lähmender Generalstreik mit Unruhen und Sabotageakten gegen Verkehrsmittel brach in Belgien aus, der Protest der Strasse gegen das Sparprogramm, das die Regierung nach den Einbussen im Kongo aufgestellt hatte.

Zwei Wochen nach den prunkvollen Festlichkeiten der Hochzeit König Baudouins erlebte das Land die heftigsten Erschütterungen seit der Krise um König Leopold vor zehn Jahren.

Der Generalstreik, der sich bis Wochenende immer ausweitete und schon der fehlenden Stromversorgung wegen zu einer «dunklen Weihnacht» führte, ist nicht nur seiner Grösse wegen ausserordentlich. Er brach nicht wegen Lohnfragen oder dem Wunsch nach sozialer Besserstellung aus, sondern wegen dem Austeritätsprogramm der Regierung, das auch im Parlament zu wilden Szenen führte, die sogar in Schlägereien ausarteten. Die belgische Kammer wurde denn auch bis zum 3. Januar vertagt. Die Streikansage der sozialistischen Partei forderte zu einem direkten Kräftemessen der Arbeiter mit der Regierung auf.

Die christlichen Gewerkschaften verhielten sich vorerst abwartend, aber ein Aufruf des belgischen Primas Kardinal van Roey zum Streikabbruch hatte eher gegenteilige Wirkung: Die christlichen Gewerkschaften distanzieren sich vor der Erklärung des Erzbischofs und drohten, sich dem Streik anzuschliessen, falls sich die Regierung nicht zu Konzessionen bereitfinde.

Eisenbahnverkehr, Waren- und Stromversorgung sind durch den Streik schwer beeinträchtigt. Zugkompositionen wurden zum Entgleisen gebracht, streikbrechende Geschäftsleute mit Zertrümmerung ihrer Schaufenster bedroht. Puppen, die Ministerpräsident Eyskens und den Kardinal darstellten, wurden in effigie gehenkt.

Sorgen des Obersten Sowjets

Mitten in der sowjetischen Landwirtschaftskrise, die auf Chruschtschews Neulandpolitik und seine weiteren Reformprojekte zurückzuführen ist, trat der Oberste Sowjet zusammen. Er genehmigte in seiner Session in Moskau das neue Jahresbudget und die Aussenpolitik der Regierung, die Aussenminister Gromyko darlegte, während Chruschtschew selbst das Wort nahm. Gromyko brachte wieder die Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland aufs Tapet und griff mit drohender Schärfe den Atlantikpakt an: «Die Sowjetunion zieht aus der Tatsache, dass die Nato weiterhin einen aggressiven Kurs verfolgt und die Ausweitung der Kriegsvorbereitungen plant, die sich aufdrängenden Schlüsse.»

Das Budget wurde bereits in den neuen Rubeln (ein neuer Rubel gleich zehn bisherige) vorgelegt und sieht Kürzungen der direkten Rüstungsausgaben zugunsten weiterer Investitionen in der Schwerindustrie vor.

Daneben aber sieht sich die Regierung genötigt, der Konsumgüterproduktion und der Landwirtschaft grösste Aufmerksamkeit und erhebliche Mittel aus dem Staatshaushalt zu widmen. Die Plenarsitzung des Zentralkomitees der Partei, laut offizieller Darstellung wegen Krankheit Chruschtschews verschoben, ist nun auf den 10. Januar angesetzt worden. Das Ple-

num wird sich mit Fragen der Landwirtschaftspolitik befassen, die namentlich in den Neulandgebieten von Kasakstan und Sibirien Misserfolge brachte, für die das Erntepech nur teilweise verantwortlich zu machen ist.

Chruschtschew, der sogar in der Landespresse selbst kritisiert wurde, dürfte Mühe haben, alle Vorwürfe auf die bereitgestellten Prügelknaben abzuwälzen, von denen der Landwirtschaftsminister der prominenteste ist.

Noch einmal Neujahr unter Apartheid

Die acht protestantischen kirchlichen Vereinigungen der südafrikanischen Union haben die Apartheidspolitik der Regierung in aller Form verurteilt. Die kirchliche Stellungnahme erfolgte in einer Sondersession anschliessend an den in Johannesburg abgehaltenen Kongress des Weltkirchenrates.

Das hinderte Ministerpräsident Verwoerd nicht, in seiner Weihnachtsbotschaft «festzustellen» die Politik der Rassentrennung finde in der Union in zunehmendem Mass Unterstützung und Verständnis.

(Die Anzeichen von Opposition haben sich in der letzten Zeit derart gehäuft, dass mit einer akuten Krise im neuen Jahr zu rechnen ist.)

Aus einer Bagatelle

Die holländische Regierungskrise brach tatsächlich deshalb aus, weil die Regierung nur die Konstruktion von 80 000 subventionierten Wohnungen pro Jahr bewilligen wollte, während die sozialistische Opposition 85 000 verlangte. Wohnungsminister und Finanzminister stellten ihre Demission in Aussicht, falls das Regierungsprojekt beim Parlament nicht durchdringe und Ministerpräsident de Quay drohte gleich mit dem Rücktritt der ganzen Regierung. Als die Abstimmung eine Mehrheit gegen die Regierung ergab, wurden die Konsequenzen gezogen. Allerdings war das Kabinett auch von einem Teil der Regierung desavouiert worden, so dass dieser Anlass eine echte Vertrauenskrise an den Tag brachte, was den schwerwiegenden Entschluss begreiflicher macht.

Vor dem Entscheid

Das beliebteste Weihnachtsgeschenk der europäischen Ultras an ihre Kinder war in Algerien ein Spielsoldat mit Aufzeiwerk, der seine Trommel im Rhythmus des Rufes «Algérie française» schlägt.

Alger selbst verbrachte eine relativ ruhige Weihnacht, während es in Oran zu muslimanischen Demonstrationen kam, die zur Zerstörung von Büroeinrichtungen führten. Bei Philippeville kam es zu einem Gefecht zwischen einer französischen Einheit und FLN-Angehörigen, das 13 Todesopfer kostete. Weitere Personen fielen über die Weihnachtstage verschiedenen Anschlägen zum Opfer.

Am 8. Januar wird über de Gaulles sogenannte Algerien-gesetz abgestimmt. Der Franzose hat sich zu entscheiden, ob er das Selbstbestimmungsrecht der algerischen Bevölkerung anerkennen und Uebergangsbestimmungen eines autonomen Algeriens gutheissen will.

Kommandowechsel

Während die Uno-Generalversammlung ihre Debatte über den Kongo auf den März vertagte, hat im Kongo selbst der schweidische General van Horn sein Kommando über die sich ständig reduzierenden Uno-Truppen an den irischen Generalmajor McKeown abgetreten.

Katanga, die Anspruch auf Autonomie erhebende Provinz, hat ihre eigene Währung, den katangischen Franc, eingeführt.

In der Provinz Kasai herrscht unter den Balubas eine schwere Hungersnot. Unter anderm ist eine amerikanische Hilfsaktion in die Wege geleitet worden.